Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland — **SV** Gegr. 1840 — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh. Der monatliche Bezugspreis ist freibleibend, die Einzelnummer kostet 15 Goldpfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. Geschäftsstellen: Frankfurterstr. Nr. 16 und Bahnhofstr. Nr. 3. — Fernruf 2. — Postscheck-Konto Köln Nr. 10158.

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe im Ortsverkehr 8 Goldpfg., f. Auswärtige 10 Goldpfg., Reklamen 40 Goldpfennig; Offertengebühr 25 Goldpf., umzurechnen nach dem am Tage der Zahlung gültigen Berliner Dollar-Kurs. Zahlbar bei Aufgabe, spätestens 3 Tage nachher, andernfalls Verzugszinsen berechnet werden. Eventuell gewährter Rabatt gilt nur als Kassenrabatt.

Nr. 1 — Olpe, Mittwoch, den 2. Januar 1924. — 84. Jahrg.

Das Jahr des Marksturzes.

Das Jahr 1923 war nicht nur ein Schicksalsjahr für unsere Politik, sondern auch ein Jahr schwerster Schicksalsschläge für unsere Wirtschaft und unsere Währung. Im Laufe des Jahres 1923 ist die deutsche Währung restlos zerschlagen worden.

Ein Blick über den Lebensweg der Mark mag das dartun. Zur Jahreswende 1923 hatten wir einen Dollarkurs von etwa 7000 Mark, also eine etwa 1700-fache Entwertung der Mark. Zur Jahreswende 1924 notiert der Dollar 4200 Milliarden, 4,2 Billionen, die Entwertung ist also eine Billionenfache geworden.

Wenn wir uns die Entwicklung des Verfalles noch in Einzelheiten vor Augen führen wollen, dann müssen wir uns mit einigen weiteren Ziffern beschäftigen. Schon im Jahre 1922 gab es allerdings einen höheren Dollarstand als 7000 Mark, und zwar 8. November mit 9170 Mark für den Dollar. Ende Dezember 1922 aber notierte der Kurs 7000 Mark. Im Januar 1923 schwankte er zwischen 7000 und 49 000. In der letzteren Ziffer drückt sich die Rückwirkung des Ruhreinmarsches von Mitte Januar aus. In den Monaten Februar, März und April hatten wir Dollarkurse, die unter diesem Januarhöchstkurs standen. Im Monat März war eine völlige Stabilität wahrzunehmen. Zurückzuführen war das auf die damalige, freilich mit sehr erheblichen Opfern an Gold und Devisen durchgeführte Markstützungsaktion. Nachdem aber die Erwartungen nach einem baldigen erfolgreichen Ausgang des Ruhreinbruchs auf der Basis eines Sieges des passiven Widerstandes — man rechnete mit einer höchstens dreimonatiger Dauer — sich nicht erfüllt haben, und nachdem auch die Mittel für die Markstützungsaktion nicht mehr aufgebracht werden konnten, setzte der rapide Verfall ein. Im Monat Mai hatten wir schon einen Dollarkurs von 69 000, im Monat Juni von 154 000 Mark, und im Monat Juli wurde ein Kurs von mehr als einer Million Mark für einen Dollar erreicht. Im August waren es schon 11 Millionen, im September schon über 180 Millionen, im Oktober kamen wir schon hoch in die Milliarden, der Dollar notierte in diesem Monat 72einhalb Milliarden, und der November brachte uns dann den Kurs von 4,200 Milliarden, oder 4,2 Billionen Mark. Dieser Kurs wurde im ganzen Dezember, bis jetzt festgehalten, sodaß eine frühere Mark heute 4,2 Billionen gilt. Die Stabilität der letzten Woche wurde erzielt durch die Schaffung einer neuen Währung in Gestalt der Rentenmark. Diese Rentenmark ist nur ein binnenwirtschaftliches Zahlungsmittel. Sie kann daher nur eine Uebergangslösung darstellen, denn das Ziel der ganzen Währungssanierung muß die Goldnote sein. Wir sind in unserer Wirtschaftspolitik auch schon tatsächlich auf dem Weg zu einer Goldnote, die sich auf der Basis einer wirklichen Goldbank aufzubauen hat, und für die Rolle wird die Reichsbank in ihre frühere Funktion wieder eintreten müssen. Auch hierfür sind die Wege schon dadurch geebnet, daß die Reichsbank nach neueren Bestimmungen nur noch wertbeständige Kredite gibt. Die Papiermark-Kreditpolitik der Reichsbank im letzten Jahr hat, wie man offen aussprechen muß, den entsetzlichen Zusammenbruch unserer Währung nur noch begünstigt. In einer Zeit, in welcher die private Wirtschaft tägliche Zinsen von 10 und mehr Prozent, also im Jahr 3000 Zinsen bezahlen mußte, hat die Reichsbank für ihre Papiermarkkredite knapp 50 Prozent für das Jahr genommen. Außerdem empfing sie die in gutem Gelde gelieferten Kapitalien nach so und so viel Wochen und Monaten in lächerlich zusammengeschrumpften Beträgen zurück, während die ursprünglich gegebenen Summen sofort für neuwerbende Anlagen, für Fabrikerbauten, Betriebsvergrößerungen oder gar für Devisenspekulation benutzt worden waren. Diese Reichsbankpolitik ist schuld daran, daß heute das deutsche Volk förmlich betteln gehen muß im Ausland, und oft genug Gaben aus den Händen entgegenzunehmen gezwungen ist, die seinerzeit den entscheidensten Stoß gegen dieses selbe Volk geführt haben.

Um die zerfallene Währung aufzurichten, muß das deutsche Volk unerhörte Opfer bringen, die seine Substanz nicht unberührt lassen können. Wir stehen jetzt vor einer Sachwerterfassung im schlimmsten Sinne des Wortes, ja wir werden zu steuer- und finanzpolitischen Maßnahmen greifen müssen, die geradezu einer Konfiskation; einer Enteignung gleichkommen. Das Reich muß, wenn der Leidensweg noch so bitter ist, alle Kraft daran setzen, seinen Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Für eine Uebergangszeit, die sich noch Monaten bemißt, wird das für viele hunderttausende Existenzen furchtbare, heute in ihrem ganzen Ausmaß noch garnicht abzusehende Lasten und Bedrückungen zur Folge haben. Aber wie in unserer politischen Entwicklung seit dem Zusammenbruch über fast allen Entscheidungen das Wort zu spät steht, so leider auch über unserm wirtschaftlichen und steuerlichen Maßnahmen. Zu spät ist eine wirkliche Sanierung unserer Staatsfinanzen in die Wege geleitet worden. Wenn man sich erinnert, daß am Tage des Abschlusses des Waffenstillstandes, als doch schon die ungemein drückenden Bedingungen bekannt waren, und man voraussehen mußte, was noch zu erwarten stand, der Dollar knapp 6 Mark notierte, wenn man sich weiter daran erinnert, daß am Tage des Friedensschlusses von Versailles, als man also genau im Bilde war, über die fürchterlichen unmöglichen und untragbaren Bestimmungen und ihre politischen und wirtschaftlichen Folgen, der Dollar knapp 60 M. notierte, dann wird man zurückschauend doch wohl sagen müssen, daß wirklich viel zu spät mit einer wirklichen gründlichen Sanierung unserer Finanz- und Steuerpolitik begonnen worden ist. Nun müssen mit einem Mal Versäumnisse von Jahren eingeholt werden, und das muß unter allen Umständen und in möglichst kurzer Frist erreicht werden, sonst sind wir einfach vollkommen zugrunde gerichtet. Dann bleibt nichts mehr übrig als fremde Gebieter, die ohnehin schon militärisch weite Teile unseres deutschen Landes beherrschen, auch noch als Diktatoren unserer Wirtschaft unserer Staats- und Privatfinanzen auftreten zu sehen.

Wir befinden uns jetzt am Beginn einer neuen Wirtschaftsentwicklung. Die große Umgestaltung unseres wirtschaftlichen Organismus ist im Zuge. Die Umstellung auf die Rentenmark auf Mark und Pfennige, die jetzt wieder sich durchsetzende Achtung vor dem Pfennig wird günstige Folgen für diejenigen Unternehmungen haben, die sich im Inneren solide und gesund durch die lockenden Zeiten der Inflation hindurchgerettet haben. Effektivarbeit und Warenhandel werden jetzt ihre großen Prüfungen zu bestehen haben. Die deutsche Staats- und Privatwirtschaft stehen an der Schwelle des denn sein wird, auch für die politische Existenz des Jahres 1924 vor Aufgaben, deren Lösung entscheiden Nation.

Der „Vorwärts" und der Abbau der Geistlichen.

Vom Reichstagsabgeordneten Universitätsprofessor Dr. Schreiber-Münster.

Der Beamtenabbau erfordert schmerzliche Eingriffe. Aehnlich wie in England und in Oesterreich ist die öffentliche Meinung in dieser Frage sehr bewegt. Aber erst der sozialdemokratischen Presse blieb es vorbehalten, dieser Angelegenheit auch eine religiös-politische Wendung zu geben. Der Vorwärts veröffentlicht nämlich in Nr. 589 unter dem Titel „Beamtenabbau und Kirche" folgende Auslassungen:

„Reich und Länder sind dabei, noch vor Jahresschluß, sozusagen als Weihnachtsbescherung, einen Beamtenabbau durchzuführen, der allgemein als ungeheure Härte empfunden wird. Dieser Abbau macht keinen Halt vor den staatlichen Einrichtungen, die im Interesse der Gesundheit des Volkes, der Erziehung des Nachwuchses, der Behauptung unserer allgemeinen Kultur, unbedingt nicht abgebaut werden dürfen, er verschont nicht die Schulen und sonstigen Bildungsstätten, er greift ein in die sozialen Fürsorgestellen, die heutzutage dringender nötig sind als je. Der Abbau in dieser Schroffheit wie er gehandhabt wird, mutet umso eigentümlicher an, wenn man erfährt, daß eine Kategorie mittlerer Staatsbeamten nicht abgebaut wird: die Pfarrer und Pastoren. Dabei belasten diese nach dem Stand der heutigen Gesetzgebung z. B. die Finanzen des Staates Preußen mit rund 90 Prozent ihrer Bezüge, während sie früher nur mit 27 Prozent der Staatskasse zur Last fielen. Diese verstärkte Belastung des vereinten Staates hat sich nicht zuletzt dadurch ergeben, daß die Kreise, die die Kirche beanspruchen, an der Spitze vor allem die Bauern, nicht im entferntesten daran denken, für ihren Seelsorger ein materielles Opfer zu bringen. Welches sind aber dann die Gründe für den Staat, nahezu die gesamte Last für die Geistlichkeit in dieser trostlosen Finanzlage für aufzukommen und hier nicht abzubauen?".

Derartige Ausführungen können nicht unwidersprochen bleiben. Sie enthalten, was wenigstens staatliche Zuschüsse an die katholische Kirche betrifft, nur allzuviel Schiefes, Unrichtiges und Fehlerhaftes.

Zunächst ist festzustellen, daß der preußische Staat auf Grund gesetzlicher Verpflichtung, zum Teil auf Grund der säkularisierten Kirchengüter einen Zuschuß zur Besoldung der Pfarrer leistet. Diese Zuschüsse sind so berechnet, daß zunächst das Stelleneinkommen der Pfarrstellen, nämlich die Einnahmen aus Grundbesitz, Pacht, Miete, Kapitalertrag, Gebühren usw. in Anspruch genommen wird. Dazu ist außerdem die Steuerkraft der Kirchengemeinde nach Möglichkeit angespannt. Nur soweit diese Einkommensteile nicht ausreichen, um die Besoldung der Pfarrer nach Gruppe zehn zu ermöglichen, werden staatliche Zuschüsse gegeben.

Wie die preußischen Verhältnisse liegen, werden von Seiten des Staates für die einzelnen Diözesen ganz unterschiedliche Zuschüsse zur Pfarrerbesoldung gegeben. Jedenfalls betragen die Zuschüsse bei weitem nicht überall 90 Prozent, wie der Artikel des Vorwärts behauptet. In einer großen Diözese Preußens mit finanziell leistungsfähiger Diaspora betrug der Staatszuschuß z. B. für die erste Hälfte des Dezember 1923 nicht einmal 50 Prozent des tatsächlichen Bedarfs. Mag in andern Fällen der Zuschuß höher sein, jedenfalls kommen als Durchschnittssatz keinesfalls für Preußen oder für das Reich 90 Prozent heraus.

Der fragliche Artikel kann weiterhin den Eindruck erwecken, als ob die Zuschüsse für die Pfarrerbesoldung ungekürzt weiter gezahlt würden, während in der Besoldung der Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten weitgehende Kürzungen vorgenommen sind. Man sollte doch wissen und es aussprechen, daß eine Kürzung der Bezüge der Staatsbeamten automatisch eine Kürzung der Pfarrerbesoldung nach sich zieht. Im übrigen bleibe nicht unerwähnt, daß die den Pfarrern rechtlich zustehenden Staatszuschüsse infolge der Inflation und des Zahlungs- bezw. Verrechnungsmodus zwischen Staat und Kirche in der flossenen Zeit oft erst wochenlang nach Fälligkeit, und dann völlig entwertet ausgehändigt werden sodaß zahlreiche Pfarrer nicht einmal ein Existenzminimum aufwiesen. Gerade die Geistlichkeit hat im Jahre 1923 unsäglich schwer unter diesen Verhältnissen gelitten. Wiederholt hat die Zentrumsfraktion des preußischen Abgeordnetenhauses auf diese bitteren Uebelstände hingewiesen.

Weiterhin sei festgestellt, daß die Katholiken große Opfer bringen, um ihre Geistlichen, Kirchenangestellten und charitative Angestellten vor der größten Not zu schützen. Wurde und wird doch die Situation dadurch verschlimmert, daß manche Länder es grundsätzlich ablehnen, für die Hilfsgeistlichen und Kirchenangestellten Zuschüsse zu geben. Soweit die Kirchengemeinden von den jeweiligen Ländern Gelder erhalten haben, ist in der Regel die Rückzahlung zur Verpflichtung gemacht und dieserhalb wurde die vorhergehende Verpfändung der eingehenden Kirchensteuern gefordert. Soweit das Reich von sich aus, z. B. in der von der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages durchgesetzten kulturellen Notstandssummen, Anträge Dr. Schreiber und Genossen, Unterstützungen gewährte, handelte es sich dabei um recht bescheidene Zuschüsse. Daß die Sozialdemokratie selbst gegen diese geringen Zuschüsse stimmte, sei nebenbei bemerkt. Nach allem sind die Kirchengemeinden genötigt, große Summen durch freiwillige Gaben, Naturalien und Sammlungen aufzubringen. In dieser Richtung bewegte sich auch das Hirtenschreiben des preußischen Episkopats vom 23. August 1923 betr. die Not der Hilfsgeistlichen. Freilich reichen bei allem guten Willen die einheimische Beiträge nicht immer aus. Angesichts dieser traurigen Notlage wurden die Bischöfe geradezu gezwungen, das Ausland um Unterstützungen anzugehen, die in der Tat bemerkenswert aus den Vereinigten Staaten und besonders auch aus Holland eingingen. Von all diesen Hilfsaktionen des Inlandes und Auslandes weiß aber der „Vorwärts" nichts.

Ein anderer und wichtiger Punkt bleibe nicht unerwähnt. Wenn vom Beamtenabbau die Rede ist, denkt man daran, daß in den letzten Jahren die Zahl der Beamten in Reich, Ländern und Gemeinden derartig vermehrt wurde, daß der Ruf nach einer Minderung der Beamtenziffer in der öffentlichen Meinung und in der Beamtenschaft selbst zum Ausdruck kam, wenn auch über das Ausmaß des Abbaus die Auffassungen auseinandergingen. Eine derartige, auch nur entfernt ähnliche Personalinflation hat die katholische Kirche in Deutschland bei ihren Geistlichen keineswegs zu verzeichnen gehabt. Im Gegenteil mußten infolge der finanziellen Not manche Stellen unbesetzt bleiben, ja wichtige kirchliche Neugründungen unterbleiben, die infolge des Vordringens des Bergbaus im Ruhrgebiet, ebenso angesichts einer aufstrebenden Braunkohlen- und Kaliindustrie sich nahelegten.

Schließlich sollte selbst der Kritiker des „Vorwärts" wissen, daß die katholische Geistlichkeit nach der charitativen Seite noch wie vor ganz erhebliche Aufwendungen zu gunsten notleidender Gemeindeangehöriger und für kulturelle Zwecke (Vereinsleben) zu machen hat. Dazu treten noch Beiträge für die Ruhegehaltskassen der Priester und für manche andere bözelane Zwecke (z. Beispiel für den Unterhalt der Geistlichen in der Diaspora.) Wie wenig jedoch der „Vorwärts" über kirchliche Angelegenheiten unterrichtet ist, zeigt die Bemerkung, daß er die Pfarrer unter die mittleren Beamten einreiht.

Tagung des Reichsparteiausschusses der Deutschen Zentrumspartei.

Für Sonntag, den 20. und Montag, den 21. Januar 1924, hat der erste Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, Reichskanzler **Marx**, eine Sitzung des Reichsparteiausschusses der Deutschen Zentrumspartei einberufen. Das große Referat über die politische Lage und die Zentrumspartei in den letzten fünf Jahren wird am Sonntag, dem 20. Januar, vormittags 10 Uhr, der Reichskanzler Marx selbst halten, anschließend Aussprache. Am Montag, dem 21. Januar wird Reichstagsabgeordneter Dr. **Schofer**, Freiburg, über das Thema sprechen: die Zentrumspartei und die künftigen Reichstagswahlen. Grundsätzliches und Technisches. Das Korreferat wird der Generalsekretär **Brandts**-Münster halten, auch daran knüpft sich eine Aussprache. Die letzte Sitzung des Reichsausschusses hat am 11. März 1923 in Hagen stattgefunden. Dieser bevorstehenden Sitzung des Reichsparteiausschusses kommt eine besondere Bedeutung im Hinblick darauf zu, daß das deutsche Volk im Frühjahr in einer Reichstagswahl seinen politischen Willen aufs Neue bekunden soll, weshalb der Reichsausschuß der Partei rechtzeitig sich über die großen Aufgaben klar werden muß, die die Zentrumspartei im Interesse des deutschen Volkes zur Vorbereitung und Durchführung dieser Wahl zu erfüllen hat.

Die katholische Schulorganisation Deutschlands zum Beamtenabbau!

An die katholischen Eltern!

Die Not des Vaterlandes zwingt allenthalben zur Sparsamkeit. Man wird vieles abbauen müssen, man wird dabei leider auch die Schule nicht ganz schonen können.

Die Abbaumaßnahmen, die geplant waren und schon drohten, haben mit Recht große Besorgnisse in weiten Kreisen erregt. Durch diese Gefährdung des Schulwesens sind vor allem Lehrerschaft und Elternschaft beunruhigt worden.

Wenn wir auch den harten Staatsnotwendigkeiten von heute Rechnung tragen wollen, so dürfen andererseits aber auch die maßgebenden Stellen nicht vergessen, daß unser Volk nur dann wieder hochkommen kann, wenn für einen gut gebildeten und sittlich gefestigten Nachwuchs gesorgt wird. Welch eine hohe Aufgabe hier die Schule hat, ist zu bekannt als daß man darüber viele Worte zu verlieren brauchte. Deshalb arbeitet auch die katholische Schulorganisation Deutschlands schon seit längerem daran, die Gefahren abzuschwächen und den Abbau auf ein erträgliches Maß zurückzuführen.

Die katholische Schulorganisation, die berufene Vertreterin der kath. Eltern, verlangt:

1. daß die religiös-sittlichen sowie wichtige pädagogische Belange gesichert werden;
2. daß die konfessionelle Gestaltung des Schulwesens erhalten bleibt und der Religionsunterricht keine Kürzung erleidet
3. daß die getrennte Geschlechtererziehung nicht von der Koedukation abgelöst wird;
4. daß die Schulen des flachen Landes nicht verringert werden
5. daß der Lehrerschaft nicht durch Ueberlastung die Erfüllung ihrer Aufgaben unmöglich gemacht wird, und daß die wohlerworbenen Rechte der Lehrerschaft geschützt werden;
6. daß trotz aller Sparmaßnahmen der innere Ausbau und der weitere Aufbau des deutschen Schulwesens nach Möglichkeit gefördert werden.

In dieser Richtung wird die katholische Schulorganisation Deutschlands auch weiterarbeiten und zwar in Verbindung mit den großen katholischen Lehrer- und Lehrerinnenorganisationen. Die Interessen des deutschen Kindes werden dabei für sie maßgebend sein.

Es ist dringend erwünscht, daß die katholischen Eltern schon in den nächsten Tagen zu der Frage des Abbaues Stellung nehmen und auf das entschiedenste verlangen, daß die heute mehr denn je notwendige solide Bildung und Erziehung der Kinder nicht gefährdet wird. Es empfiehlt sich, daß die Ortsausschüsse der kath. Schulorganisation und die kath. Elternvereinigungen in Versammlungen, die sie gemeinsam mit der kath. Lehrerschaft veranstalten, eine Entschließung in obigem Sinne fassen und sie dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Berlin, zusenden. Abschrift wäre an die Zentralstelle der kath. Schulorganisation Deutschlands, Düsseldorf, Wilhelm-Tellstr. 16, zu schicken.

Wir bemerken noch, daß Organisationen, die bisher weder die Interessen des Katholizismus noch die der Eltern vertreten haben, sich auch in dieser Frage rühren und an die Eltern herantreten. Wir fordern die kath. Elternschaft auf, nicht diesen Organisationen zu folgen, sondern sich an die Parole der kath. Schulorganisation zu halten und mit dem kath. Lehrerverein und dem Verein kath. deutscher Lehrerinnen gemeinsam vorzugehen.

Die Zentralstelle der katholischen Schulorganisation Deutschland, Düsseldorf
Bösler, Generalsekretär.

Die Arbeitszeit der Beamten.

Wie die Expreß-Korrespondenz erfährt, hat der Erlaß der Reichsregierung über die Regelung der Dienstzeit der Beamten folgenden Wortlaut:

Die Reichsregierung hat im Hinblick auf die Not von Volk und Reich die Dienstzeit der Reichsbeamten für die Zeit bis 31. Dezember 1925 wie folgt festgesetzt:

1. Jeder Beamte ist verpflichtet, seine volle Arbeitskraft in den Dienst des Reiches zu stellen. Er hat die ihm übertragenen Arbeiten rechtzeitig ohne Rücksicht auf eine festgesetzte Dienststunden- zahl in der Regel an der Dienststelle und innerhalb der vorgeschriebenen Tagesdienstzeit zu erledigen. Die Dienstzeit beträgt wöchentlich mindestens 54 Stunden, also 9 Stunden pro Tag. Regelmäßige Mehrleistungen können innerhalb eines Kalenderjahres durch regelmäßige Minderleistungen ausgeglichen werden und umgekehrt. Soweit der Dienst in vollem Dienstbereitschaft besteht, ist die Dienstzeit entsprechend zu erhöhen. In den Dienststellen und innerhalb der vorgeschriebenen Tagesdienstzeit ist die Teilnahme an Sitzungen, Beratungen und dergleichen grundsätzlich. Soweit die Erledigung des

Dienstes in der Dienststelle und in der vorgeschriebenen Tagesdienstzeit aus dienstlichen Gründen unzulässig ist, kann eine anderweitige Regelung stattfinden.

2. Die tägliche Dienstzeit wird von jeder Behörde nach Anhörung der Beamtenvertretung festgesetzt. Die tägliche Dienstzeit ist grundsätzlich in den **Vor- und Nachmittagsdienst** zu teilen. Nur dort, wo aus zwingenden örtlichen und sachlichen Gründen eine solche Einteilung unmöglich erscheint, kann mit Zustimmung der obersten Reichsbehörde und des Reichsministers des Innern durchgehend gearbeitet werden. Diese regeln die Bewilligung der Ausnahmen in der Dienstzeit. Hierbei darf die Wochendienstzeit nicht unter 54 Stunden festgesetzt werden. Für eine **Ueberschreitung** der bestimmungsmäßigen Wochendienstzeit wird **Vergütung nicht gewährt.** Ein Ausgleich kann durch die **Befreiung zu anderen Zeiten** gewährt werden.

Sitzung des Landesausschusses der Bayerischen Volkspartei.

Die für die Gestaltung der bayerischen politischen Verhältnisse in der nächsten Zeit sehr bedeutsame Sitzung des Landesausschusses der Bayerischen Volkspartei dauerte bis in die neunte Abendstunde.

Nach vielstündiger Erörterung der durch die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes geschaffenen Lage wurde schließlich als **Endergebnis** der Beratungen mit 72 gegen 36 Stimmen ein Antrag des Abgeordneten Schäffer angenommen, der sich für die **Einleitung eines Volksbegehrens und Auflösung** des gegenwärtigen Bayerischen **Landtages und Neuwahl eines Landtages mit konstitutioneller Gewalt** ausspricht.

Diesem neuen Landtag soll nicht nur die Aenderung des in der letzten Zeit viel genannten Paragraphen 92 der bayerischen Verfassung über die Mehrheitsbildung bei Verfassungsänderungen obliegen, sondern überhaupt die **Schaffung einer ganz neuen bayerischen Verfassungsurkunde,** nachdem sich nach Auffassung der Bayerischen Volkspartei die im Jahre 1919 in Bamberg geschaffene Verfassung bereits vollständig überlebt habe.

Nach diesem Beschluß der maßgebenden politischen Partei stehen also in Bayern in den nächsten Monaten zweifellos wichtige verfassungspolitische Ereignisse zu erwarten.

Bayerischer Antrag auf Verfassungsrevision.

Die bayerische Staatsregierung beabsichtigt, in den nächsten Tagen der Reichsregierung eine Denkschrift über eine **Revision der Weimarer** Verfassung in föderalistischem Sinne zu übermitteln.

Der **Kreisverband München der Bayerischen Volkspartei** hat eine Entschließung gefaßt, die sich für sofortige Landtagsauflösung und für Einleitung einer Volksabstimmung zur Beseitigung der jetzigen revolutionären Verfassung ausspricht. Eine neue verfassunggebende Nationalversammlung soll die Durchführung eines neuen Verfassungswerkes in die Hand nehmen.

Umgruppierung der Truppen an Rhein und Ruhr.

WTB Paris, 31. Dez. Nach einer Meldung der Agentur Havas aus Brüssel erklärte Etoile belge zu der von der Köln. Ztg. gebrachten Meldung, ab 1. Januar werde ein großer Teil der **französischen und belgischen Truppen das Ruhrgebiet verlassen,** es treffe zu, daß im Augenblick eine Umgruppierung der Besatzungstruppen vorgenommen werde, um die Besetzung des Ruhrgebietes in eine unsichtbare umzuwandeln. Die belgische Truppenzahl würde hierdurch um mehr als 2000 Mann verringert werden.

Todesurteile und lebenslängliche Zwangsarbeit.

WTB Aachen, 31. Dez. Vor dem belgischen Kriegsgericht fand vorgestern spät abends eine mehrtägige Verhandlung wegen **Eisenbahnsabotage** ihr Ende. Es handelte sich um Anschläge, die in der Zeit des **Ruhrkonfliktes** auf den Linien Aachen-Herbesthal, Aachen Stolberg und einigen benachbarten Nebenstrecken begangen wurden. Menschenleben sind bei den Anschlägen nicht zu beklagen gewesen. Dem Gericht vorgeführt wurden vier Angeklagte, Menzel aus Stolberg, Neuhaus Schweger und Frömgen, letztere drei im Alter von 19 bis 20 Jahren, aus Aachen gebürtigt. Menzel war teilweise geständig, mehrere Anschläge ausgeführt zu haben. Die vier sollen einer Vereinigung angehört haben, die sich das Begehen von Eisenbahnanschlägen zur Aufgabe gemacht hatte. Die beiden Erstgenannten sollen außerdem im Sommer 1922 die Fahne des **Lancierregiments** in Aachen gestohlen haben. Das Gericht erkannte gegen Menzel, gegen den der Anklagevertreter die Todesstrafe beantragt hatte, auf **lebenslängliche Zwangsarbeit,** gegen Neuhaus auf 15 Jahre Zwangsarbeit und gegen Schweger auf 1 Jahre Zwangsarbeit und gegen Schweger auf ein Eine Anzahl Angeklagter, die flüchtig sind und zum größten Teil aus Aachen stammen, wurden in Abwesenheit verurteilt, von ihnen fünf **zum Tode.** Namentlich Frank, Weiß, Bauer, Hein und Keuzen. Gegen die übrigen sprach das Gericht Zwangsarbeit von 15 bis 20 Jahren oder aber Gefängnis bis zu 15 Jahren aus. Letztere Strafe erhielt ein gewisser Bongardtz der als Spion bezeichnet wurde und im Auftrage der Reichswehr in Münster in Aachen geweilt hatte. Eisenbahninspektor Hoffmann aus Elberfeld, wo die Vereinigung ihren Sitz haben sollte, erhielt 10 Jahre Zuchthaus zugesprochen.

Auch General Degoutte gegen die Abänderung des Regimes.

WTB Der Pariser Matin glaubt berichten zu können, daß nunmehr auch General Degoutte seine Ansicht über das deutsche Memorandum betreffend einen modus vivendi im besetzten Gebiet dem Quai d Orsay mitgeteilt habe. Er sei ebenso wie Tirard gegen die von der deutschen Regierung gewünschte Abänderung des Regimes.

Eine Erklärung Rechenbergs.

WTB Paris, 31. Dez. Der in den letzten Tagen viel genannte Arnold Rechenberg, der auch von Poincare empfangen wurde, läßt dem Intransigeant eine Erwiderung auf die Feststellungen der deutschen Presse zugehen, in der er erklärt, niemals behauptet zu haben, daß er von der deutschen Reichsregierung zu Verhandlungen beauftragt gewesen sei und in die schwebenden Verhandlungen nicht eingegriffen habe.

Abreise der amerikanischen Sachverständigen nach Europa.

WTB Paris, 31. Dez. Nach einer Havasmeldung aus Newyork sind die amerikanischen Sachverständigen für die Ausschüsse der Reparationskommission gestern nach Europa abgereist.

Die deutschfeindliche Haltung der Gattin des belgischen Botschafters in Washington.

WTB Paris, 31. Dez. Wie der Newyork Herald aus Washington meldet, hat die Gattin des belgischen Botschafters, Baronin Cartier de Marchienne, sich geweigert, bei einem Mahle im Weißen Hause sich von dem deutschen Botschafter Dr. Wiedfeld zu Tische führen zu lassen. Die Baronin hat dem Weißen Hause mitgeteilt, daß sie an dem Mahle in diesem Falle nicht teilnehmen werde. Der deutsche Botschafter führte darauf die Gattin des japanischen Botschafters Hanihara zu Tisch. Den Blättern zufolge bestehen auf Grund dieses Zwischenfalles, der in den diplomatischen Kreisen großes Aufsehen erregt, gespannte Beziehungen zwischen der belgischen und der deutschen Botschaft. Die Baronin ist eine geborene Amerikanerin.

Das Attentat auf den japanischen Prinzregenten.

() **Tokio,** 31. Dez. Ueber das Attentat auf den Prinzregenten Hirohito werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Der Attentäter benutzte zu seiner Tat eine **Stockflinte.** Der Schuß zertrümmerte die Scheiben des Wagens und die Kugel fuhr dicht am Kopfe des Prinzregenten vorbei. Durch die Detonation des Schusses wurde die Polizei aufmerksam. Der Wagen des Prinzregenten fuhr ruhig weiter, und der Prinzregent nahm auch an der Sitzung des Parlaments teil, von wo er in den kaiserlichen Palast zurückkehrte. Ohne das Eingreifen der Polizei wäre der Täter zweifellos der Volksjustiz zum Opfer gefallen. Der Begleiter des Prinzregenten, der neben ihm im Wagen Platz genommen hatte, wurde durch Glassplitter leicht verletzt. Der Korrespondent des Exchange-Telegraph meldet aus Tokio, daß der Japaner, der das Attentat auf den Prinzregenten verübt hat, ein gewisser Namba ist, der im Alter von 24 Jahren steht. Er ist der Sohn eines gut bekannten Senators und nimmt aktiv an der **sozialistischen Propaganda** teil. Zwei seiner Freunde sind wegen Beihilfe ebenfalls verhaftet worden. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Der Aufstand in Mexiko

WTB Paris, 31. Dez. Nach einer Meldung des Newyork Herald aus Washington hat die Regierung der Vereinigten Staaten die mexikanische Regierung ermächtigt, Kriegsmaterial von der amerikanischen Armee zur Verwendung gegen die Aufständischen zu kaufen. Präsident Coolidge hat auf Vorschlag des Staatssekretärs Hughes beschlossen, an Mexiko 150 000 Armeegewehre und zehn Millionen Munitionsbänder zu verkaufen. Es verlautet, daß der Kriegssekretär Weeks keine amtlichen Einwendungen gegen den Verkauf erhoben habe.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

Oeffentliche Stadtverordnetensitzung.

(**) **Olpe,** 2. Januar.

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Sommerhoff fand am Montag Abend eine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung statt. Es fehlten die Stadtverordneten Beckmann, Bönning, Frese, Oberstadtsekretär Klein, Janßen, Schmidt, Schneider und Wenske.

Es handelte sich bei dieser Versammlung um die Fortsetzung der Sitzung in der letzten Woche, in der man bezüglich der Beschlußfassung über verschiedene Fragen der Notverordnung zur einstweiligen Regelung der **Gewerbesteuer** zu einer Einigung nicht gekommen war. Heute lagen die Antworten der Berufsvertretungen, des Arbeitgeberverbandes und des Handwerks- und Gewerbeamtes, vor, die um ihre Ansicht in der genannten Frage gebeten waren, und die dann erörtert wurden.

Stadtv. Schrage betonte, daß auch die Arbeiterschaft an der Lohnsummensteuer interessiert sei. Unter den augenblicklichen Verhältnissen könne die Arbeiterschaft der Einführung dieser Steuer nicht zustimmen. Auch die Stadtv. Hundt und Kemper erklärten, daß sie für die Lohnsummensteuer nicht stimmen könnten, da die Steuer eine Sondersteuer und als solche ungerechtfertigt sei. Nach weiterer Aussprache wurde die Einführung der Lohnsummensteuer abgelehnt und ein Antrag des Bürgermeisters, daß die Stadt die Verwaltung der Gewerbesteuer selbst übernehme, angenommen.

Weiter lag die Frage der **Stundung** bezw. Niederschlagung der Strom-, Wasser- und Gasgelder und der Gemeindeabgabe der **Erwerbslosen** vor. In Frage kommen für das Elektrizitätswerk für den Monat November 553 KW-Stunden mal 30 Pfg., für das Wasserwerk 460 Cbm mal 30 Pfg., das gibt hohe Summen, die die Werke nicht entbehren können. Auf Vorschlag des Bürgermeisters soll der Preis für Wasser und Elektrizität um je einen Pfennig erhöht werden, für den Fall, daß der Nachlaß der Gelder genehmigt würde. Dem Vorschlage wurde zugestimmt. Maßgebend soll sein der Verbrauch des entsprechenden Monats im Vorjahre.

Der letzte Punkt der Tagesordnung befaßte sich mit der Uebernahme der Bürgschaft gegenüber der Landespfandbriefanstalt in Berlin für Baudarlehen. Es lagen im ganzen 15 Anträge vor, in denen um Uebernahme der Bürgschaft gebeten wurde. Die Versammlung erklärte sich für die Uebernahme der Bürgschaft, desgleichen für die Genehmigung der Anträge zwecks Ueberlassung von Baugrundstücken in der Kortemicke.

Mit dem Wunsche für ein glückseliges, neues Jahr schloß der Bürgermeister um 7 Uhr die Versammlung.

(**) **Olpe,** 2. Jan. Da die **Telephonverbindung** mit Hagen zu unserem großen Bedauern auch heute noch immer gestört war, ist es uns leider wiederum nicht möglich gewesen, das Wolff'sche Telegraphenbüro zu erreichen. Wir sind daher nicht in der Lage, über die jüngsten Ereignisse zu berichten. Die nötigen Schritte, diesem Uebelstande abzuhelfen, haben wir bereits getan.

(**) **Olpe,** 2. Jan. Der Uebergang vom alten zum **neuen Jahre** vollzog sich in Olpe in der üblichen Weise. In den Familien und Gasthäusern wurden, wo es angängig war, kleinere oder größere Silvesterfeiern bei einem Glase Bier oder einem erwärmenden Grog veranstaltet. Den letzteren konnte man ja wohl gebrauchen, denn es herrscht seit einigen Tagen eine so grimmige Kälte — 24—25 Grad Reaumur unter Null —, wie wir sie seit längeren Jahren hier nicht erlebt haben. Während ein Neujahrsschießen diesmal kaum bemerkbar war, wurde noch in den späten Nachtstunden ziemlich viel Lärm gemacht. Gemeint ist nicht das althergebrachte schöne Neujahransingen, sondern das Gröhlen und Lärmen, wie es auch gestern von der Kanzel mit Recht gerügt wurde. — Möge uns das neue Jahr ein Jahr des Heiles werden!

(**) **Olpe,** 2. Jan. Infolge des überaus tiefen Schnees und der nicht enden wollenden Kälte leiden die **Vögel** und das **Wild** bitterste Not. Erfreulicherweise gibt es viele Leute, die sich der armen Lungernden Tierchen durch Herrichtung von Futterplätzen erbarmen und sie so vor dem Hungertode bewahren. Wie groß der Hunger der Vögel z. B. ist, zeigte sich gestern morgen in einem Garten an der Günsestraße, wo eine hungrige Krähe von einer Tanne aus nach Sperberart auf jeden sich nähernden Sperling oder Buchfink mit großer Geschwindigkeit herabstieß, bis es ihr gelang, einen Buchfink zu erwischen, den sie dann mit gleiriger Hast verschlang. Neben den Rebhühnern und Holztauben erscheinen natürlich auch die Hasen in den Gärten der Stadt, um irgendwo ein Blättchen von den verschneiten Kohlsträuchern zu erhaschen. Selbst halbtrockene Rosenblätter, verschmähen sie in ihrer Not nicht. Darum ergeht nochmals an alle Tierfreunde die dringende Bitte: **Gedenket der hungernden Vögel! Jäger, schafft Futterstellen für das Wild!**

60 **Olpe,** 2. Jan. **(Vom Jahre 1924.)** Das Jahr 1924 ist ein Schaltjahr, denn der Februar hat 29 Tage. Fastnacht und Aschermittwoch fallen diesmal in den Monat März (4. bezw. 5.). Ostern haben wir am 20. April, Himmelfahrt am 29. Mai, Pfingsten am 8. Juni.

)(**Olpe,** 2. Jan. **(Bauernregeln vom Januar.)** Wenn im Januar der Winter nicht kommt, kommt er im März oder April. — Wenn Gras wächst im Januar, wächst es schlecht das ganze Jahr. — Januar muß knacken, soll die Ernte gut sacken. — Januar warm, daß Gott erbarm. — Im Januar Regen und wenig Schnee, tut Saaten, Wiesen und Bäumen weh. — Januar Schnee zu Hauf, Bauer halt den Sack auf. — Januarnebel bringt Märzenschnee. — Fließe klein, guter Wein. — Tanzen im Januar die Mücken, muß der Bauer nach dem Futter gucken. — Januarnebel bringt bei Ostwind Tau, **der Westwind treibt ihn aus der Au'.**

!! **Olpe,** 2. Jan. **(Der Himmel im Januar.)** Der Monat Januar hat 31 Tage; die Tageslänge, die anfangs 7 Stunden 54 Minuten beträgt, verlängert sich bis Ende des Monats auf 9 Stunden 2 Minuten. Der am 6. Januar eintretende Neumond soll hell und klar sein. Das erste Mondviertel tritt am 13. ein und deutet auf Schnee und Sturm. Vollmond haben wir am 22. Januar; er soll helles, kaltes Wetter bringen. Das letzte Mondviertel (trüb, mit Regen und Schnee) tritt am 29. Januar ein.

:: **Olpe,** 2. Jan. **Der Vorverkauf von Platzkarten für D-Züge** wird am 1. Januar an im allgemeinen eingestellt. Bei der Reichsbahndirektion Berlin wird mit Rücksicht auf die dort bestehenden besonderen Verhältnisse der Vorverkauf noch beibehalten.

-- **Olpe,** 2. Jan. **(Prozeßkosten in Gold.)** Die Gerichtskosten sowie die Gebühren der Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher werden am 1. Januar

---

Bergkristall.

Eine Erzählung von Adalbert Stifter.

10)

Sanna war nicht gar so unröstlich, daß sie heute nicht mehr über den Berg hinabgingen und nach Hause liefen, wie er etwa glauben mochte; denn die unermeßliche Anstrengung, von der die Kinder nicht einmal gewußt hatten, wie groß sie gewesen sei, ließ ihnen das Sitzen süß, unsäglich süß erscheinen, und sie gaben sich hin.

Jetzt machte sich aber auch der Hunger geltend. Beide nahmen fast zu gleicher Zeit ihre Brote aus den Taschen und aßen sie. Sie aßen auch die Dinge — kleine Stückchen Kuchen, Mandeln und Nüsse und andere Kleinigkeiten — die die Großmutter ihnen in die Tasche gesteckt hatte.

„Sanna, jetzt müssen wir aber auch den Schnee von unseren Kleidern tun," sagte der Knabe, „daß wir nicht naß werden."

„Ja, Konrad," erwiderte Sanna.

Die Kinder gingen aus ihrem Häuschen, und zuerst reinigte Konrad das Schwesterlein vom Schnee. Er nahm die Kleiderzipfel, schüttelte sie, daß der Schnee abflog, und was noch zurückgeblieben war, das stäubte er mit einem Tuche ab. Dann entledigte er auch sich, so gut es ging, des auf ihm liegenden Schnees.

Der Schneefall hatte zu dieser Stunde ganz aufgehört. Die Kinder spürten keine Flocke.

Sie gingen wieder in die Steinhütte und setzten sich nieder. Das Aufstehen hatte ihnen ihre Müdigkeit erst recht gezeigt, und sie freuten sich auf das Sitzen. Konrad legte die Tasche aus Kalbfell ab. Er nahm das Tuch heraus, in welches die Großmutter eine Schachtel und mehrere Papierpäckchen gewickelt hatte, und tat es zu größerer Wärme um seine Schultern. Auch die zwei Weißbrote nahm er aus dem Ränzchen und reichte sie beide an Sanna: das Kind aß begierig. Es aß eines der Brote und von dem zweiten auch noch einen Teil. Den Rest reichte es aber Konrad, da es sah, daß er nicht aß. Er nahm es und verzehrte es.

Von da an saßen die Kinder und schauten.

So weit sie in die Dämmerung zu sehen vermochten, lag überall der flimmernde Schnee hinab, dessen einzelne winzige Täfelchen hie und da in der Finsternis seltsam zu funkeln begannen, als hätte er bei Tag das Licht eingesogen und gäbe es jetzt von sich.

Die Nacht brach mit der in großen Höhen gewöhnlichen Schnelligkeit herein. Bald war es ringsherum finster, nur der Schnee fuhr fort, mit seinem bleichen Lichte zu leuchten. Der Schneefall hatte nicht nur aufgehört, sondern der Schleier an dem Himmel fing auch an, sich zu verdünnen und zu verteilen; denn die Kinder sahen ein Sternlein blitzen. Weil der Schnee wirklich gleichsam ein Licht von sich gab, und weil von den Wolken kein Schleier mehr herabging, so konnten die Kinder von ihrer Höhle aus die Schneehügel sehen, wie sie sich in Linien von dem dunkeln Himmel abschnitten. Weil es in der Höhle viel wärmer war, als es an jedem andern Platze im ganzen Tage gewesen war, so ruhten die Kinder enge aneinander sitzend und vergaßen sogar die Finsternis zu fürchten. Bald vermehrten sich auch die Sterne, jetzt kam hier einer zum Vorschein, jetzt dort, bis es schien, als wäre am ganzen Himmel keine Wolke mehr.

Das war der Zeitpunkt, in welchem man in den Tälern die Lichter anzuzünden pflegt. Zuerst wird eines angezündet und auf den Tisch gestellt, um die Stube zu erleuchten, oder es brennt auch nur ein Span oder es brennt das Feuer auf der Leuchte, und es erhellen sich alle Fenster von bewohnten Stuben und glänzen in die Schneenacht hinaus — aber heute erst — am heiligen Abende — da wurden viel mehr angezündet, um die Gaben zu beleuchten, welche für die Kinder auf dem Tische lagen, oder an den Bäumen hingen, es wurden wohl unzählige angezündet; denn beinahe in jedem Hause, in jeder Hütte, jedem Zimmer war eines oder mehrere Kinder, denen der heilige Christ etwas gebracht hatte, und wozu man Lichter stellen mußte. Der Knabe hatte geglaubt, daß man sehr bald von dem Berge hinabkommen könne, und doch, von den vielen Lichtern, die heute in dem Tale brannten, kam nicht ein einziges zu ihnen herauf; sie sahen nichts als den blassen Schnee und den dunkeln Himmel, alles andere war ihnen in die unsichtbare Ferne hinabgerückt. In allen Tälern bekamen die Kinder in dieser Stunde die Geschenke des heiligen Christ: nur die zwei saßen oben am Rande des Eises, und die vorzüglichsten Geschenke, die sie heute hätten bekommen sollen, lagen in versiegelten Päckchen in der Kalbfelltasche im Hintergrunde der Höhle.

Die Schneewolken waren ringsum hinter die Berge hinabgesunken, und ein ganz dunkelblaues, fast schwarzes Gewölbe spannte sich um die Kinder voll von dichten, brennenden Sternen, und mitten durch diese Sterne war ein schimmerndes, breites, milchiges Band gewoben, das sie wohl auch unten im Tale, aber nie so deutlich gesehen hatten. Die Nacht rückte vor. Die Kinder wußten nicht, daß die Sterne gen Westen rücken und weiter wandeln, sonst hätten sie an ihrem Vorschreiten den Stand der Nacht erkennen können; aber es kamen neue und gingen die alten, sie aber glaubten, es seien immer dieselben. Es wurde von dem Scheine der Sterne auch lichter um die Kinder; aber sie sahen kein Tal, keine Gegend, sondern überall nur Weiß — lauter Weiß. Bloß ein dunkles Horn, ein dunkles Haupt, ein dunkler Arm wurde sichtbar und ragte dort und hier aus dem Schimmer empor. Der Mond war nirgends am Himmel zu erblicken, vielleicht war er schon frühe mit der Sonne untergegangen, oder er war noch nicht erschienen.

Als eine lange Zeit vergangen war, sagte der Knabe: „Sanna, du mußt nicht schlafen; denn weißt du, wie der Vater gesagt hat, wenn man im Gebirge schläft, muß man erfrieren, so wie der alte Eschenjäger auch geschlafen hat und vier Monate tot auf dem Steine gesessen ist, ohne daß jemand gewußt hatte, wo er sei."

„Nein, ich werde nicht schlafen," sagte das Mädchen matt.

Konrad hatte es an dem Zipfel des Kleides gezogen, um es zu jenen Worten zu erwecken.

Nun war es wieder stille.

Nach einer Zeit empfand der Knabe ein sanftes Drücken gegen seinen Arm, das immer schwerer wurde. Sanna war eingeschlafen und war gegen ihn herübergesunken.

„Sanna, schlafe nicht, ich bitte dich, schlafe nicht," sagte er.

„Nein," lallte sie schlaftrunken, „ich schlafe nicht."

Er rückte weiter von ihr, um sie in Bewegung zu bringen, allein sie sank um und hätte auf der Erde liegend fortgeschlafen. Er nahm sie an der Schulter und rüttelte sie. Da er sich dabei selber etwas stärker bewegte, merkte er, daß ihn friere, und daß sein Arm schwerer sei. Er erschrak und sprang auf. Er ergriff die Schwester, schüttelte sie stärker und sagte: „Sanna, stehe ein wenig auf, wir wollen eine Zeit stehen, daß es besser wird."

„Mich friert nicht, Konrad," antwortete sie.

„Ja, ja, es friert dich, Sanna, stehe auf," rief er.

„Das Tuch ist warm," sagte sie.

„Nein", erwiderte sie und war stille.

Da fiel dem Knaben etwas anderes ein. Die Großmutter hatte gesagt: Nur ein Schlückchen wärmt den Magen so, daß es den Körper in den kältesten Wintertagen nicht frieren kann.

Er nahm das Kalbfellränzchen, öffnete es und griff so lange, bis er das Fläschchen fand, in welchem die Großmutter der Mutter einen schwarzen Kaffeeabsud schicken wollte. Er nahm das Fläschchen heraus, tat den Verband weg und öffnete mit Anstrengung den Kork. Dann drückte er sich zu Sanna und sagte: „Da ist der Kaffee, den die Großmutter der Mutter schickt, koste ihn ein wenig, er wird dich warm machen. Die Mutter gibt ihn uns, wenn sie nur weiß, wozu wir ihn nötig gehabt haben."

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaftsteil.

Wirtschaftszahlen

(in Milliarden).

Berliner Dollarkurs	4 200
Eine Goldmark nach dem Berliner Dollarkurs	1 000
Reichsindex für Lebenshaltung vom 22. Dez.	1 150
Reichssteuermultiplikator	1 000

(**) **Olpe**, 2. Jan. Die **allgemeine Umsatzsteuer** beträgt ab 1. Januar 1924 zweieinhalb Prozent.

(**) **Olpe**, 2. Jan. **(Steuerabzug vom Arbeitslohn.)** Von dem gesamten Arbeitslohn sind pro Monat zur Abgeltung der Werbungskosten 50 Goldmark vom Steuerabzug befreit (bei wöchentlicher Entlohnung 12 Goldmark). Von dem verbleibenden Einkommen sind 10 Prozent einzubehalten. Der 10 prozentige Abzug ermäßigt sich für die zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende Ehefrau sowie für jedes zu seiner Haushaltung gehörende minderjährige Kind um je 1 Prozent.

Der Druck auf die Preise.

Die Ruhe und Ordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse ist die Voraussetzung für die politische Gesundung. Von diesem Gedanken allein läßt sich die Reichsregierung bei ihrer gegenwärtigen Wirtschaftspolitik leiten. In ihr bildet die Preispolitik und zwar im Sinne eines fortgesetzt ausgeübten und nach Möglichkeit sich steigernden Druckes auf die Preise den stärksten Faktor. Nunmehr ist eine neue Ermäßigung der **Kohlenpreise** und zwar um 10 Prozent vom 2. Januar ab beschlossen worden. Die letzte Ermäßigung der Kohlenpreise wurde am 15. Oktober in Verbindung mit der damaligen Beseitigung der Kohlensteuer vorgenommen. Da die Kohlenpreise ausschlaggebend sind für die Preise der Materialien und der aus ihnen geschaffenen Waren d Produkte, da die Kohlenpreise ferner in den Tarifen der Reichsbahn sehr stark berücksichtigt werden müssen, wird von der jetzigen Senkung eine Fortsetzung des Preisabbaus gerade auch auf dem Warenmarkt erwartet. Die deutschen Kohlenpreise stehen jetzt um etwa 30 Prozent unter dem Weltmarktpreise, damit wird auch die deutsche Konkurrenzkraft erneut belebt.

Keine Inflationsgefahr!

In einer eingehenden Unterredung mit dem Berliner Vertreter der K. Z. erklärte Reichsminister Dr. Luther u. a., daß seit dem Tage, an dem die Rentenbank mit der Ausgabe von Rentenbankscheinen begonnen habe, dem 15. November, Schatzanweisungen des Reiches nicht mehr diskontiert werden dürften und nicht mehr diskontiert worden sind, und daß damit die Notenpresse für Zwecke des Reiches bei der Reichsbank **stillgelegt** war. Die Steigerung des Notenumlaufes der Reichsbank nach dem 15. November ist auf **private** Bedürfnisse zurückzuführen.

Demgegenüber sind die **Schatzanweisungsbestände** der Reichsbank von 189,8 Trillionen Mark am 15. November auf 96,9 Trillionen am 30. November **zurückgegangen.** Die Steigerung des Notenumlaufes hat nur insoweit mit den Bedürfnissen des Reiches etwas zu tun, als in den Ausweisen vom 23. und 30. November noch nicht abgerechnete Rentenmarkverkäufe erschienen, welche die Reichsbank für Rechnung des Reiches aus dessen verzinslichen Krediten aufgeführt hat, für die sie einen Gegenwert in Notenform dem Reiche bereits zuführen mußte. Uebrigens haben sich die Schatzanweisungsbestände inzwischen weiter erheblich vermindert und dürften in kurzem ganz abgedeckt sein.

Die Frage des Berichterstatters, ob sich durch die Wirksamkeit der Rentenbank eine **neue Inflationsquelle** eröffne, beantwortete der Minister im **verneinendem** Sinne. Auch die Frage, ob durch das Hinzutreten der Rentenmarkbeträge zu dem bisherigen Notenumlauf nicht die Gefahr einer inflationistischen Wirkung entstehe, verneinte der Minister, indem er hierzu u. a. ausführte, daß durch den Umtausch von Papiermark gegen Rentenbankscheine sich entsprechend der Umlauf von Papiermark verringere. Aber selbst, wenn das volle Kontingent der Rentenbank in Umlauf käme und zu den gegenwärtig im Verkehr befindlichen Geldzeichen hinzutreten, würde die Summe aller Zahlungsmittel in Gold umgerechnet gegenüber der Vorkriegsziffern nicht als groß erscheinen.

Während gegenwärtig in Rentenbankscheinen, Reichsbanknoten, kleineren Goldanleihestücken und Notgeld etwa 2400 Millionen Goldmark im Verkehr sind, belief sich der gesamte **Zahlungsmittelumlauf** im Jahre 1913 im Deutschen Reiche auf 5,65 Milliarden Mark. Man könne also **keineswegs** von einer **Uebersättigung** des Verkehrs mit Zahlungsmitteln sprechen.

Für den zukünftigen Umlauf der **Rentenmark** und seine Beurteilung ist es wichtig zu wissen, daß für die Rentenmarkauflagung **Anlagemöglichkeiten** geschaffen sind, die deflationistisch wirken müssen, und zwar sind das über 500 Rentenmark lautende **Rentenbriefe** der Rentenbank. Nach der Umwandlung in diese verlieren die Rentenbankscheine ihren Charakter als Zahlungsmittel. Ferner gibt das Reich auf Rentenmark lautende **unverzinsliche Schatzanweisungen** aus, die eine vorzügliche Anlage für Rentenmarkdepositen bilden.

Zum Schluß erklärte der Reichsminister, daß selbst in Fällen äußerster dringender finanzieller Sorge eine Inflationspolitik unter seiner Amtstätigkeit ausgeschlossen sein werde und daß nach seiner Ansicht kein Finanzminister des Deutschen Reiches diesen Weg wieder beschreiten werde.

Aufruf des Notgeldes.

Der Reichsminister der Finanzen hat das auf **Papiermark lautende Notgeld** für das unbesetzte Gebiet der Länder Preußen, Baden, Mecklenburg-Schwerin, Braunschweig, Oldenburg, Anhalt, Lippe, Bremen, Lübeck, Waldeck, Schaumburg-Lippe zum 2. Januar 1924 mit Einlösungsfrist bis 31. Januar 1924 aufgerufen. Die Sperre der hinterlegten Deckung ist aufgehoben. Zum 15. Januar 1924 hat der Reichsminister das **wertbeständige Notgeld** für die Provinzen Ostpreußen, Westpreußen-Posen, Hannover und die Stadt Berlin aufgerufen. Die Einlösungsfrist beträgt 1 Monat. Die als Deckung des wertbeständigen Notgeldes hinterlegten Stücke der Goldanleihe und Goldschatzanweisungen werden für die Ausgabestelle vom 7. Januar an freigegeben.

Das Notgeld der Reichsbahn bleibt von dem Aufruf unberührt.

Die neuen Goldsteuern

Das Steuerwesen im Jahre 1923.

Vermögenssteuer.

Es wird eine neue Vermögenssteuer von dem Vermögen am 31. Dezember 1923 erhoben. Hierzu wird das Vermögen in Goldmark bewertet. Als Mindestsätze des Geldwertes gelten die Beträge, die zur Führung von Handelsbüchern verpflichtete Kaufleute in ihre Goldbilanz aufnehmen. Im übrigen sind genauere Vorschriften über die Goldbewertung für einzelne Vermögensteile gegeben, die sich eng an den Friedenswert anlehnen. In den meisten Fällen ist der gemeine Wert zugrunde gelegt.

Vermögen von nicht mehr als 5000 Goldmark sind steuerfrei. Bei Vermögen bis zu 25 000 Goldmark beträgt die Vermögenssteuer 3 v. T., wozu ein Zuschlag von 20 v. H. der Vermögenssteuer tritt. In der höchsten Stufe (mehr als 5 000 000 Goldmark) beträgt die Vermögenssteuer 5 v. T. und als Zuschlag 50 v. H. der Steuer, insgesamt also 7einhalb v. T. des Vermögens.

Bis zum 29. Februar 1924 ist als Vorauszahlung auf die Vermögenssteuer die Hälfte des Betrages zu zahlen der der Steuererklärung entspricht. Der Restbetrag ist je zur Hälfte bis zum 15. August und 15. November fällig.

Umsatzsteuer.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1924 wird die Umsatzsteuer von 2 v. H. auf 2einhalb v. H. erhöht.

Die übrigen, die Umsatzsteuer betreffenden Bestimmungen treten mit sofortiger Wirkung in Kraft. Das wichtigste aus diesen Bestimmungen ist, daß auch die Umsatzsteuer wertbeständig gemacht wird, und zwar auf zweierlei Weise.

Wenn Bücher auf wertbeständiger Grundlage geführt werden, so wird die Steuer in Goldmark berechnet. Als wertbeständig gilt Buchführung in Goldmark auf der Grundlage von wertbeständigen Zahlungsmitteln des Reichs, der Länder oder Gemeinden und Buchführung in bestimmten ausländischen Zahlungsmitteln.

Wenn die Bücher nicht auf wertbeständiger Grundlage geführt werden, so wird die Steuer in Goldmark berechnet. Als wertbeständig gilt Buchführung in Goldmark auf der Grundlage von wertbeständigen Zahlungsmitteln des Reichs, der Länder oder Gemeinden und Buchführung in bestimmten ausländischen Zahlungsmitteln.

Die Vorauszahlungen sind vierteljährlich zu leisten; nur Steuerpflichtige mit einer gewerblichen oder beruflichen Tätigkeit von erheblichem Umfang sind zu monatlichen Vorauszahlungen verpflichtet. Die Abgrenzung des Umfangs geschieht durch den Reichsminister der Finanzen.

Erbschaftssteuer.

Auch die Erbschaftssteuer ist jetzt auf Gold gestellt, und zwar mit Rückwirkung vom 1. Juli 1923 ab. Diese Rückwirkung war dringend notwendig. Denn da die bisherigen Grenzen Papiermarkgrenzen waren, und schon der kleinste Erbfall diese Grenzen infolge der Geldentwertung überschritt, so wäre sonst jeder kleinste Anfall unter die höchsten Steuersätze gefallen.

Im übrigen sind Erbschaften an Ehegatten nach wie vor steuerfrei, der Steuersatz beträgt jetzt bei Kindern bei Erwerb bis zu 5000 Goldmark 2 v. H.; Erwerb bis zu 3000 Goldmark sowie der gesamte Anfall an Hausrat sind bei Kindern überhaupt steuerfrei. Der Höchstbetrag der Erbschaftssteuerfälle an nicht verwandte Personen und bei ganz großen Erbschaften beträgt 70 v. H.

Körperschaftssteuern.

Die Körperschaftssteuer wird ganz ähnlich behandelt wie die Einkommensteuer. Bis zum 10. Januar sind Abschlußzahlungen zu leisten. Damit ist die Körperschaftssteuer bis zum 31. Dezember 1923 bezahlt.

Im Jahre 1924 haben die Erwerbsgesellschaften Vorauszahlungen in der gleichen Weise zu leisten wie Einzelpersonen bei Handel und Gewerbe, also 2 v. H. des Ueberschusses der Roheinnahmen über die Ausgaben für Gehälter und Löhne.

Weitere Steuern,

die auf Gold gestellt werden, sind: die **Kapitalverkehrssteuer, die Wechselsteuer, die Versicherungssteuer,** bei der wichtig ist, daß der Steuersatz, statt wie bisher an die Versicherungssumme, nunmehr an die Prämie (4 Prozent der Prämie) anknüpft, die **Kraftfahrzeugsteuer. Die Börsenumsatzsteuer** auf Waren wird außer Kraft gesetzt. Bei **verspäteter Steuerzahlung** sind allgemein **Zuschläge** von 5 Prozent für jeweils einen halben Monat Rückstand, also pro Monat bis zu 10 Prozent, zu zahlen.

Die kritische Lage der Reichsfinanzen

macht, wie sich aus diesen im Umriß skizzierten, auf Goldbasis gestellten Steuern ergibt, steuerliche Anstrengungen notwendig, die für die deutsche Volkswirtschaft eine erhebliche Belastung bedeuten. Dabei reichen diese Steuergesetze, die den Inhalt der zweiten Notverordnung bilden, in ihrem voraussichtlichen Ertrage nicht hin, um dem Reich — trotz strengster Reduzierung seiner Ausgaben auf allen Gebieten — die Einnahmen zu sichern, die es für die nächste Zeit dringend braucht. Als Ergänzung der Verordnung wird in Kürze eine **dritte Steuernotverordnung** erlassen werden, von der hier nur festgestellt werden soll, daß sie eine Abgabe auf die Inflationsgewinne der großen Papiermarkschuldner enthalten wird, ferner im Anschluß an die bevorstehende Neuregelung der Mieten eine Mietzinsabgabe, und schließlich eine Aenderung der Verteilung der Steuererträge zwischen dem Reich und den Ländern.

Es wird sich später Gelegenheit ergeben, auf die dritte Steuernotverordnung zurückzukommen. Heute läßt sich feststellen, daß in diesem ganzen Komplex von auf Goldbasis gestellten Steuern eine Belastung der deutschen Steuerzahler von einer Schwere vorliegt, die ihre einzige Erklärung und Rechtfertigung **in der überaus ernsten Finanzlage des Reiches findet.** Das Reich — und damit auch die Länder und Gemeinden — stehen nicht allzuweit vor dem Ende ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit. Man mache sich einmal klar, wie die Dinge gegenwärtig liegen. Das Reich sieht sich vor die unabweisbare Notwendigkeit gestellt, sich auf dem Verordnungswege so rasch wie irgend möglich neue steuerliche Einnahmen zu erschließen. Von den laufenden Steuern und Zöllen abgesehen, die in ihrem bisherigen Ertrag unzureichend waren, sieht sich das Reich zur Zeit im wesentlichen auf den verzinslichen Rentenmark-Kredit in Höhe von 900 Millionen Mark angewiesen, der ihm bestimmungsmäßig zusteht. Dieser Kredit, der das Reich in den Stand setzen soll, seine Ausgaben für eine gewisse Uebergangszeit zu bestreiten und den Reichshaushalt zu sanieren, hat sich **bei den ungeheuren finanziellen Ansprüchen an das** Reich früher erschöpft, als angenommen **werden** konnte. Anderseits gehört die **Inflation** in ihrer bisherigen Erscheinungsform, die Neuschöpfung von ungedeckten Geldzeichen, die so großes Unheil über die deutsche Wirtschaft gebracht hat, endgültig der Vergangenheit an. Jeder Versuch, eine neue Inflationsperiode einzuleiten, würde mit Recht den entschlossenen Widerstand sowohl des Staates **wie** jedes einzelnen finden, vor allem der breiten Masse derjenigen, die durch die furchtbaren Folgeerscheinungen der bisherigen Inflation aufs härteste **betroffen wurden.**

Es bleibt somit dem Reich nichts anderes übrig, als mit rücksichtsloser Entschlossenheit sofort soviel neue Einnahmequellen zu erschließen, daß die Reichsregierung imstande ist, die laufenden Ausgaben zu decken. Das Reich muß, koste es, was es wolle, in Kürze wieder von seinen eigenen Einnahmen zu leben imstande sein. Von der Steigerung der Einnahmen einerseits und von der **Drosselung der Staatsausgaben** andererseits hängt das Schicksal des Staates und das Weiterfunktionieren des gesamten Verwaltungsapparates ab. **Die Ausgabenbeschränkung** ist bereits auf allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung in die Wege geleitet, und **der** rigorose Personalabbau in Verbindung mit der Herabschraubung der Gehälter der Staatsbediensteten zeigt deutlich, daß das Reich, unter dem **Druck der schweren auf ihm lastenden Not, vor keinen** noch so einschneidenden Sparmaßnahmen zurückschreckt, um den öffentlichen Haushalt zu sanieren. Wenn aber auf der anderen Seite nicht in kürzester Frist dem Reiche steuerliche Einnahmen in genügender Menge zufließen, wenn sich nicht die Ueberzeugung in allen Schichten der Bevölkerung durchsetzt, daß höchste Opferbereitschaft das Gebot der Stunde ist, werden alle Kraftanstrengungen des Reiches, zu einer Gesundung der Verhältnisse zu kommen, über den Haufen geworfen werden. **Der** Staat aber muß finanziell weiterexistieren können, wenn die Wirtschaft und damit jeder einzelne von uns leben sollen.

Neue Wege der Erdforschung

Von Rudolf **Hundt.**

Die Geschichte der Erde, ihr Entwicklungsgang wird von einer Wissenschaft erforscht, die man Geologie nennt. Man versucht aus all den Steinbrüchen, Bergbauanlagen, Bohrlöchern abzulesen, welchen Gang die Entwicklung genommen hat, und je mehr man sich in alle Einzelheiten vertieft, desto klarer und überschaulicher wird das Bild vom Werden unserer Erde. Diese Forschungen sind nun unbedingt nötig, wenn man sich neben diesem idealen Ziel die Erforschung der Bodenschätze zur Aufgabe macht. Und gerade diese sogenannte praktische Geologie ist für uns jetzt ein ungeheuerer wichtiger Zweig geologischer Wissenschaft.

Da es aber zu großen, oft unaufbringbaren finanziellen Opfern gehört, Bohrungen vorzunehmen, hat man die erdphysikalischen Verfahren mit gutem Erfolg immer mehr zweckdienlich ausgestaltet. Dem Erdphysiker leiten bei seinen unentbehrlich gewordenen Untersuchungen die physikalischen Eigenschaften der Gesteine.

So erstrecken sich seine Untersuchungen auf die mehr oder weniger starke Magnetisierbarkeit der Gesteine, von denen schwach und stark magnetisierbare Gesteine nebeneinander vorkommen. Mit Hilfe der Magnetnadel kann man dann die verschiedenen Gesteine unter den Schutt- und Verwitterungsschichten feststellen. Auch die radioaktiven Ausstrahlungen mancher Gesteine geben uns Kunde vom Aufbau der Erdrinde. Mit Hilfe der Strahlenmessungen kann man unter verhüllendem Schutt die Grenzen von Gesteinen feststellen.

Ein weiteres Arbeitsfeld erdphysikalischer Methoden ist die Beobachtung künstlicher in die Erde hineingeschickter oder natürlicher in der Erde vorkommender elektrischer Ströme. Daran kann man über die Verbreitung mancher Gesteinsarten und mancher Erze grundlegende Beobachtungen machen. Aufschluß über den Erdbau geben auch Veranstaltungen, durch die man künstlich erzeugte elastische Wellen durch die Erde leitet und an ihnen das Verhalten der verschiedenen Gesteine studiert. Diese künstlich erzeugten Erdbebenwellen verraten dasselbe über den Bau der Erde wie die natürlichen Erdbebenwellen, denen man jetzt immer mehr Beachtung schenkt. Aber auch Schallwellen hat man dazu benutzt, um sich Bilder vom Aufbau der Erdrinde machen zu können.

Jedes die Erdrinde aufbauende Gestein, jede Einlagerung von Erzen verhält sich anders zu den eben angeführten physikalischen Erscheinungen, und aus diesem Verhalten heraus hat man sich ein Bild von der Beschaffenheit der Erde machen können.

Man hat schon mit diesem Verfahren so viel Erfahrungen gemacht, daß man sie praktisch ausmerzet. Unter der Leitung von Ambronn in Göttingen ist ein wissenschaftliches Forschungsinstitut entstanden, die „Erda", deren Arbeit schon an verschiedenen Stellen unserer Heimat und auch im Auslande mit großem Erfolg gekrönt gewesen ist. Diese erdphysikalischen Arbeiten werden immer mehr und besser ausgebildet werden, so daß sie einstmals berufen sein werden, röntgenstrahlenähnliche Arbeit dem Geologen zu leisten. Die Arbeiten der „Erda" sind begonnen und auf dem besten Wege, uns über den Bau unserer Erde umfassenden Aufschluß zu geben.

Reifezeit

Von Franz Alfons **Gayda.**

Ueber die Schwelle von Jünglingsland zum Mannesland schwebt unsichtbar ein schweres, hohes Wort: Verantwortung. Daß sich unsere Augen abwandten von diesem Wort, ist mit schuld daß unsere Zeit so qualvoll zerbrochen liegt.

Mann . . . Wie tief unklingt Kraft und Würde dies kurze Wort — wie will es Träger voll Kraft und Würde! Es ist eben nicht die Kraft allein deines Armes, es ist so sehr dein starkes, freies Herz, dein hoher, mutiger Sinn, dein reifes, zielsicheres Wollen und die frohe Bewußtheit, zu können, was du willst, weil es in deinen Kräften liegt.

Sieh, Freund, nicht in Schänken und beim Spiel, nicht bei all den leichten, seichten, flüchtigen Dingen harrt die Fülle der Reifezeit des Mannes. In aller Schwere und allem Staub deiner Alltäglichkeit und Arbeit, in Sorge, Kampf und Suchen ist das Gold verborgen, das, gehoben, dir das wundersame frohe Gefühl gibt! Mann und reifer Mensch zu sein.

Allen Lebens Sinn ist Erfüllung in sich — ist seine Entwicklung bis zum Höhepunkt seiner Kräfte. Höher hinaus geht es nicht. Aber wie wenige erreichen ihres Lebens Höhe — wie wenige werden dem tiefen Sinn gerecht, den das Sein den vier Lebensstufen verlieh: Kindheit, Jugend, Reife, Alter! Reife-Zeit, das ist Hohe-Zeit. Alsdann senkt die Kurve langsam in das unbekannte Tal, aus dem sie sich erhob.

Denkt, Freunde, eurem Werden, eurem Leben nach! Erhebt euch über die niederziehenden Unterströmungen eines verächtlich-seichten Lebens der Vergnügungen und der rein sinnlichen Genüsse. Gedenkt, daß ihr Hüter seid großer Menschheitstradition, Träger von Staat und Familie, Schöpfer von Werten ehrlicher Arbeit, Führer kommender Geschlechter, Zeuger neuen Lebens!

Es ist nicht der große Rahmen der Oeffentlichkeit, der allein Mannestum in sich birgt — viel stärker und weithin wirkender ist euer reifes Leben, Männer der Arbeit, die ihr keine Namen im lauten Tage tragt! Ihr prägt den Begriff und das Gesicht eures Volkes, Männer! soll es ein gesundes, blühendes, festes und wohlgebildetes Gesicht sein, mit ernsten, reinen Augen, mit dem Lächeln der Herzenswärme um die Lippen!

Freunde, scheut nicht das Wort über die Schwelle, die euch vom Jünglingsland zum Mannsein trug; nützt, daß nur starke Herzen Verantwortung tragen können, und tragt sie stolz und euer selbst bewußt, diese Verantwortung gegen euch, gegen euren nächsten Menschen, gegen euer Volk u. Land!

Männer nur, die sich so gefunden zu gesammelter Kraft, zu ruhigem Wirken jeder an seinem Ort, werden aus all dem Zerbrochenen Neues, Hohes schaffen und dem weltverbundenen deutschen Gedanken wieder allen Glanz verleihen.

Freunde, Deutsche, diesem letzten Ziele zu!

---

* **60. Geburtstag der Lindenwirtin in Godesberg.** In den nächsten Tagen begeht die Lindenwirtin Aennchen Schumacher ihren 60. Geburtstag. Sie ist durch das Baumbachsche Lied zur berühmten Persönlichkeit geworden, die nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus dem Ausland Grüße bekommt, die manchmal nur die Adresse: „An das Aennchen in Deutschland am Rhein" tragen.

* **Gasvergiftung beim Kuchenbacken.** In der Küche der Wohnung des Zuschneiders Wanske in Berlin waren zwei Nachbarinnen damit beschäftigt, Kuchen zu backen. Die an Rückenmarksschwindsucht leidende Frau Wanske saß in einem Lehnstuhl dabei. Plötzlich machte sich ein intensiver Gasgeruch bemerkbar, der die beiden Frauen veranlaßte, das Küchenfenster zu öffnen. Frau Wanske war inzwischen bewußtlos geworden, und ein Arzt konnte nur noch den bereits eingetretenen Tod der schwerkranken Frau feststellen. Allem Anschein nach hat eine der Frauen während des Einrührens des Kuchenteigs den Gashahn berührt und unabsichtlich aufgedreht.

* **Die Ursachen der Rückenmarksschwindsucht entdeckt.** Dem berühmten Psychiater Geheimrat Prof. Dr. Kraepelin in München ist es nach der Staatszeitung gelungen, die bis jetzt nur unvollständig bekannt gewesenen Entstehungsbedingungen der Rückenmarksschwindsucht zu ermitteln. Dieser wissenschaftliche Erfolg dürfte die Grundlage für eine erfolgreiche ärztliche Bekämpfung der schweren Rückenmarksleiden werden.

* **Spanische Doktoren für deutsche Kollegen.** Das Doktorkollegium der Universität Madrid fordert in einer Kundgebung die Doktor en aller Universitäten Spaniens zur energischen Hilfeleistung für die wirtschaftlich schwer bedrängten Kollegen Deutschlands auf.

auf Gold umgestellt. Bei den Gerichtskosten beträgt die Mindestgebühr 50 Pfg., die volle Gebühr in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten bis zu 20 Mark 1 Mark, bei höherem Streitwerte bis 1000 Mark 3 Proz., bis 5000 Mark 2 Proz., darüber in Stufen von 100 Mark. In Strafsachen gehen die Sätze von 3 bis 40 Mark, auch der Wert des Streit- oder Beschwerdegegenstandes wird in Gold bestimmt. Die Mindestgebühr der Rechtsanwälte beträgt 50 Pfg., die volle Gebühr in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten bis 20 Mark 2 Mark, bis 60 Mark 4 Mark, bis 100 Mark 6 Mark, bis 150 Mark 8 Mark, bis 200 Mark 10 Mark, darüber fallend von 5 bis einhalb Proz., in Streitsachen 2 bis 40 Mark. Die Schreibgebühr beträgt für die Seite 30 Pfg., das Abwesenheitsgeld 10 Mark, auch bare Auslagen in Reichsmährung werden in Gold umgerechnet, ebenso wie ältere Kosten und Gebühren. Die Pfändungsgebühr der Gerichtsvollzieher beträgt bis 100 Mark 2 Proz., bis 500 Mark 1 Prozent, darüber einhalb Prozent, mindestens 1 Mark, die Versteigerungsgebühr bis 100 Mark 5 Proz.; sie fällt mit dem Mehrbetrag ebenfalls bis auf einhalb Prozent.

Briefe an das S. V.

Olpe, 2. Jan. Man schreibt uns: Anschließend an die Anregung betr. **Fortschaffung der Schneemassen** in den Straßen der Stadt möchten wir empfehlen, daß sich die Stadt mit den Fuhrwerkshaltern in Verbindung setzen möge, daß letztere für 1—2 Tage ihre Fuhrwerke, auch Lastautos, frei zur Verfügung stellen. Ferner mögen die Hausbesitzer je eine eigene Person stellen oder sonst eine Arbeitskraft bezahlen. Wenn dann die Stadt noch sämtliche Arbeitslosen einstellt, so würde es möglich sein, in 1 bis 2 Tagen sämtlichen Schnee aus den Straßen fortzuschaffen zum Segen der Fußgänger und zum Nutzen der Fuhrwerke bezw. der Zugtiere. Eile tut Not.

Mehrere Bürger von Olpe.

Provinzielles.

* **Meschede, 2. Jan. (Die Krähe im Hühnerstall)** Die Not des Winters zeitigt in der Tierwelt sonderbare Erscheinungen. Vor einigen Tagen, als der starke Schneefall eingetreten war, bemerkte ein Hühnerzüchter in Meschede, daß in seinem Hühnerhofe eine Krähe, obzwar erschöpft, aber doch noch flugfähig, sich längere Zeit aufhielt und nach anfänglicher Scheu sich an dem ausgestreuten Futter erging. Sie wurde eingefangen und für die Nacht in einem Käfig in der Küche gehalten und gefüttert, später freigelassen, flog sie in eine in der Nähe stehende hohe Fichte. Mehrfach wurde sie tagsüber beobachtet, wie sie im Hühnerhofe Futter holte und am Abend nahm sie mit den Hühnern Aufenthalt im Hühnerstalle, sehr zur Verwunderung des Hühnerhalters. Am anderen Morgen verließ sie, nach Oeffnung des Stalles als letztes Tier den Stall, um sich wiederum in elegantem Aufschwunge in die vorerwähnte Fichte zu begeben. Seit mehreren Tagen wiederholt sich dieses Schauspiel.

* **Ramsbeck, 31. Dez. August Beule †.** Diese Kunde wird im ganzen Sauerlande und weit darüber hinaus aufrichtige Trauer wecken. Denn in August Beule, der am Tage vor Weihnachten im Alter von 56 Jahren seine Augen zum ewigen Schlummer schloß, ging ein kerndeutscher Mann, ein gemütstiefer Dichter, ein begeisterter Vorkämpfer des Heimatgedankens dahin. Er, der wie Hans Sachs Schuhmacher und Poet war, hätte eine seltene Gabe, in seinen feingeschliffenen Versen, mochten sie in Hochdeutsch oder in sauerländischer Mundart abgefaßt sein, den echten Volkston zu treffen.

* **Aus dem Sauerlande, 31. Dez.** Der **Winter**, der in diesem Jahre schon Anfang November ziemlich heftig einsetzte, nimmt es in diesem Jahre sehr ernst. Während der Feiertage und nach denselben ist eine solche Menge Schnee gefallen, daß der Verkehr dadurch nicht unerheblich beeinträchtigt wird. Dabei herrscht eine recht grimmige Kälte, so daß wir einen so strengen Winter haben, wie er in langen Jahren nicht zu verzeichnen gewesen ist. Dabei haben wir die Monate, die die kältesten zu sein pflegen, den Januar und Februar, noch vor uns. Man freut sich deshalb, daß die Tage allmählich wieder länger werden und die Sonne wieder mehr an Kraft gewinnt.

* **Bergneustadt, 31. Dez.** Wie mitgeteilt wird, ist der bisher kommissarische **Bürgermeister Stahmann**, der frühere Kreissekretär von Gummersbach, vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz endgültig zum Bürgermeister der Bürgermeisterei Bergneustadt.

Verantwortlicher Schriftleiter Paul Fischer.
Druck und Verlag F. X. Auegenberg.

An unsere Kundschaft!

Wir bitten, davon Notiz nehmen zu wollen, dass wir zum 1. Januar 1924 die Billionen-Mark einführen, und zwar in der Weise, dass die vollen Billionenbeträge vor dem Komma und die ersten beiden Milliardenstellen hinter dem Komma geschrieben werden. Die letzte Milliardenstelle kommt also gänzlich in Fortfall

Für die Abkürzung ist die Bezeichnung

Bill. M.

vereinbart worden

Ein Betrag von 56 Billionen 350 Milliarden wird demgemäss

56.35 Bill. M.

geschrieben werden.

OLPE i. W., den 31 Dezember 1923. (j†1

Reichsbanknebenstelle Olpe — **Deutsche Bank Zweigstelle Olpe**

Städtische Sparkasse Olpe.



Die Jdeal-Schreibmaschine wird infolge ihres leichten Anschlages und ihrer Dauerhaftigkeit überall bevorzugt.

Generalvertreter für den Kreis Olpe Gottfr. Marx, Olpe.

Geldschränke und Einmauerschränke

(Fabrikat Pelz)

empfiehlt

Heinrich Clemens, Olpe i. W.

Winterbergstr. 4 Telephon 272

23 31

Heute früh verschied nach kurzem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter,

Johanna Lenneberg

geb. Reinhaus

im Alter von 63 Jahren.

Die Beerdigung findet Freitag, den 4. Januar, nachm. 1/4 4 Uhr in Attendorn statt.

In tiefer Trauer:

J. Lenneberg und Kinder.

Olpe, den 1. Januar 1924.

Kranzspenden dankend verbeten.

Verkaufe ab Lager Rinkscheid folgende

Drehstrom-Motoren

fabrikneu, Kupferwicklung 220/380 Volt incl. Anlasser

2 PS	3 PS	4 PS	5 PS	6 PS	7½ PS
180,-	220,-	260,-	290,-	350,-	420,-

à Stück einschliesslich Verpackung gegen sofortige Kassa in Goldmark!

Sämtliche Motore haben 1-jährige Garantie und sind erstklassige Verbandsfabrikate.

(3719) **ADOLF HAHN, RINKSCHEID**

Post Valbert. Fernsprecher Amt Valbert 38.

Künstler-Abreiss-Kalender

für 1924

Dürer-Kalender für Kultur und Kunst

Preis Gold-Mark 1,20

Der Dürer-Kalender erscheint, seit Begründung herausgegeben von Karl Maussner, als Veröffentlichung des „Deutschen Kulturarchivs" und der „Vereinigung für Deutschen Wertbuchhhandel" : : im Dürer-Verlag, Berlin : : Künstlerische Ausstattung: Paul Winkler-Leers

Vorrätig in der

Auegenberg'schen Buchhandlung :-: Olpe.

Heute entschlief still nach langem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden, unsere geliebte Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Johanna Emanuel

im Alter von 35 Jahren.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Familie L. Emanuel.

Olpe, Meinerzhagen, 31. Dezember 1923.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 3. Januar, nachmittags 3½ Uhr in Meinerzhagen vom Sterbehause aus statt. (j†3

Ruhrkohlen u. Koks

direkt ab Zeche

prompt lieferbar. (†3704)

Ebert & Co., Betzdorf-Sieg,

Telef. 98 u. 99. Telegr. Ebertsco.

Ein Inserat im SB hat stets Erfolg

Bekanntmachung.

Die Mütterberatungsstunden und die Sprechtage für die Lungenfürsorge fallen infolge der ungewöhnlich großen Kälte und des tiefen Schneefalles im gesundheitlichen Interesse der Besucher vom 1. 1. 924 ab auf 8 Tage aus.

Olpe, den 31. Dezember 1924. (j†4

Kreiswohlfahrtsamt.

Das Deutsche Umsatzsteuer- und Kassenbuch,

unentbehrlich für Gewerbetreibende und Landwirte. Zu haben bei (j†5

Gebr. Clemens, Olpe, Martinstraße

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister B Nr. 11 ist heute bei der Firma

Wolf Netter & Jacobi Abteilung Biggesiker Eisenwerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Finnentrop

folgendes eingetragen:

Dem Kaufmann Otto Heide in Siegen ist derart Gesamtprokura erteilt, daß er zugleich mit einem anderen Gesamtprokuristen zur Vertretung der Firma berechtigt ist.

Attendorn, 24. Dezember 1923. (j†6

Amtsgericht.

Platina, Gold u. Silber.

Alle Gegenstände aus diesen Metallen, wenn auch zerbrochen oder beschädigt, kauft zum höchsten Tageskurs

Otto Scherer, Attendorn,

Wasserstr. 10.

(752)

Zur Goldmarkbuchführung

sind ohne weiteres verwendbar und sofort lieferbar die von uns hergestellten und patentamtlich geschützten

Beiers Einheits-Geschäftsbücher.

Druckschriften auf Wunsch.

„Unitas" Geschäftsbücherfabrik, G. m. b. H., Siegen, Flurenwende Tel. 2126.

Beratung in allen Fragen der nunmehr gesetzlich vorgeschriebenen Umstellung der Buchführung auf Goldmarkgrundlage erteilt durch

Revisions- und Treuhandbüro

des von der Handelskammer öffentl. angestellten und beeid. Bücherrevisors

Ferdinand Beier - Siegen

Freudenbergerstr. 5 Fernspr. 1526